



Wien, am Dienstag, 18. Juli 2017

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2017 – 2021

Österreichs Wirtschaft auf Wachstumskurs

Sperrfrist: Mittwoch, 19. Juli 2017, 10:00 Uhr

Nach einer längeren Schwächephase ist die österreichische Wirtschaft im Vorjahr auf einen soliden Wachstumskurs eingeschwenkt. Im Zeitraum 2017 bis 2021 sollte das Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 1.7 % pro Jahr zulegen, nach 0.8 % in den vergangenen fünf Jahren. Das Wachstumstempo entspricht somit annähernd jenem im Euroraum. Die Inlandsnachfrage wird laut Prognose kräftig expandieren. Ausgehend von der Belebung des Welthandels sollte auch die Exportnachfrage wieder zulegen. Die Inflationsrate wird im Durchschnitt voraussichtlich 2 % betragen. Die Arbeitsmarktlage verbessert sich wegen der guten Konjunktur. Die Beschäftigung dürfte kräftig steigen und die Arbeitslosigkeit etwas zurückgehen. Mit 8 % am Ende des Prognosezeitraums bleibt die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition aber auf einem sehr hohen Niveau. Aufgrund des vergleichsweise starken Wirtschaftswachstums und der niedrigen Zinsen verringert sich das Budgetdefizit merklich. Weitere Reformschritte im öffentlichen Sektor zur Stärkung des langfristigen Wachstumspotenzials der österreichischen Wirtschaft sind jedoch notwendig.

Nach einer längeren Schwächephase expandiert die österreichische Wirtschaft gegenwärtig kräftig. Der Aufschwung sollte sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen, allerdings mit etwas geringerem Tempo. Somit erwartet das Institut für den Zeitraum 2017 bis 2021 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Österreich von durchschnittlich 1.7 % pro Jahr. Die mittelfristige Vorausschau übernimmt traditionell die Werte der Prognose vom Juni für die ersten beiden Jahre und erweitert den Prognosehorizont um drei Jahre. Nach 2.2 % und 1.7 % in den Jahren 2017 und 2018 sollte die Wachstumsrate im restlichen Prognosezeitraum rund 1.5 % betragen. Mit 1.7 % fällt das erwartete mittelfristige Wirtschaftswachstum um knapp einen Prozentpunkt höher aus als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre und entspricht jenem im Euroraum.

Im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise hatte sich das Wachstum des Produktionspotenzials (Wirtschaftsleistung bei Normalauslastung) auf knapp 1 % verlangsamt. Mit der Belebung der Investitionen und des technischen Fortschritts sowie der steigenden Bevölkerung erhöhte sich das Wachstum im Jahr 2016 auf 1 ½ %. Dieses Expansionstempo dürfte im Durchschnitt des Prognosezeitraums beibehalten werden. Ausgehend von einer negativen Produktionslücke von 1 ½ % im Vorjahr wird sich die Lücke bis zum Ende des Prognosezeitraums voraussichtlich schließen, da die Wirtschaftsleistung rascher zulegt als das Produktionspotenzial.

Der Prognose liegt die Erwartung einer soliden Expansion der Weltwirtschaft zugrunde. Die US-Wirtschaft befindet sich auf einem moderaten Wachstumspfad und sollte im Prognosezeitraum ein durchschnittliches Wachstum von gut 2 % erzielen. Im Euroraum hat sich der Wirtschafts-

aufschwung weiter verfestigt. Nunmehr erwartet das Institut ein durchschnittliches Wachstum von $1\frac{3}{4}\%$. Profitieren sollte die europäische Wirtschaft dabei von einem niedrigeren Ölpreis (54 US-Dollar je Barrel) und einem Wechselkurs von 1.10 US-Dollar/Euro. In den OECD-Ländern dürfte die Wirtschaft im Durchschnitt um gut 2% zulegen. In den Schwellenländern wird die wirtschaftliche Dynamik im historischen Vergleich moderat ausfallen. So wird für China ein mittelfristiges Wachstum von 6% erwartet, nach durchschnittlich $7\frac{1}{4}\%$ in den vergangenen fünf Jahren. Insgesamt ergibt sich somit ein Wachstum der globalen Wirtschaft von $3\frac{1}{2}\%$.

Der private Konsum in Österreich hat insbesondere aufgrund der schwachen Entwicklung der Realeinkommen lange stagniert. Gestützt von der Steuerreform legte der Konsum im Vorjahr um 1.5% zu. Mit dem Ausklingen der Effekte der Steuerreform dürfte sich die Dynamik etwas verlangsamen. Gegeben die erwartete stabile Entwicklung der Realeinkommen sollte das durchschnittliche Wachstum im Prognosezeitraum mit knapp $1\frac{1}{4}\%$ deutlich über jenem in den letzten fünf Jahren liegen ($\frac{1}{4}\%$). Mit 7.4% erreicht die Sparquote am Ende des Prognosezeitraums nahezu wieder das Niveau des Jahres 2015.

Im Vorjahr haben die Bruttoanlageinvestitionen kräftig angezogen. Eine verbesserte Einschätzung der Wirtschaftsaussichten, die günstige Finanzierungssituation und wohl auch der Bedarf an Ersatzinvestitionen trieben diese Entwicklung. Im Verlauf des Prognosezeitraums sollte sich die Wirtschaftsdynamik nur geringfügig abschwächen und die anderen Einflussfaktoren für die Investitionsentscheidungen vorteilhaft bleiben. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut ein durchschnittliches Wachstum der Anlageinvestitionen von $2\frac{1}{4}\%$ pro Jahr. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften dabei um $2\frac{3}{4}\%$ pro Jahr zulegen. Mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von gut $1\frac{1}{2}\%$ expandieren die Bauinvestitionen merklich stärker als in den vergangenen fünf Jahren. Hierbei sollte auch die erhöhte Wohnbaunachfrage aufgrund des Zuzugs unterstützend wirken.

Im Jahresverlauf 2016 hat sich der Welthandel nach einer längeren Schwächephase wieder belebt. Im Einklang mit den verbesserten Aussichten für die globale Produktion sollte der Welthandel im Prognosezeitraum wieder stärker expandieren, die Handelsintensität bezogen auf das globale Wachstum jedoch nicht mehr die Werte von vor der Wirtschaftskrise erreichen. Der schwächere Außenwert des Euro sowie die Verschiebung hin zu einer stärker investitionsgetriebenen Konjunktur in den entwickelten Staaten sollten die österreichische Außenwirtschaft stützen. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut somit ein durchschnittliches Wachstum der Gesamtexporte von knapp $3\frac{1}{2}\%$, wobei die Warenexporte geringfügig stärker zulegen ($3\frac{3}{4}\%$). Die zunehmende Exportdynamik und die stabile Binnennachfrage implizieren ein durchschnittliches Wachstum der Gesamtimporte von gut 3% . Von der Außenwirtschaft geht somit im Prognosezeitraum ein leicht positiver Wachstumsbeitrag (0.3 Prozentpunkte pro Jahr) aus.

Für die Jahre 2017 bis 2021 erwartet das Institut eine durchschnittliche Inflationsrate von 2% . Das Institut unterstellt dabei, dass von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen sowie den Lohnstückkosten keine ausgeprägten preistreibenden Impulse ausgehen. Die Prognose impliziert, dass das Inflationsdifferenzial zum Durchschnitt des Euroraums bis zum Ende des Prognosezeitraums annähernd verschwindet.

Die guten Wirtschaftsaussichten sollten auch zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage beitragen. Die langandauernde Konjunkturschwäche und ein äußerst kräftig gestiegenes Arbeitskräfteangebot haben zu einem historischen Höchststand der Arbeitslosenquote geführt. Im Prognosezeitraum dürfte die Beschäftigungsnachfrage mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1.2 % kräftig ausfallen. Das Arbeitskräfteangebot wird voraussichtlich weiterhin zunehmen, allerdings auch aus demografischen Gründen etwas langsamer. Nach 9.1 % im Vorjahr dürfte die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition bis zum Jahr 2021 damit auf 8.0 % fallen. Laut Eurostat-Definition wird die Arbeitslosenquote 5.3 % betragen und damit den Wert von 2016 um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte unterschreiten. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Senkung der Abgabenlast auf dem Faktor Arbeit stützen die Beschäftigungsnachfrage.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird von den Folgen der Steuerreform, der guten Konjunktur und den niedrigen Finanzierungskosten geprägt. Ausgehend von 0.8 % des BIP in diesem Jahr sollte die gesamtstaatliche Defizitquote bis zum Jahr 2021 auf 0.2 % zurückgehen. Es ist aber anzumerken, dass die konjunkturelle Dynamik, die günstigen Finanzierungsbedingungen sowie die hohe Aufkommenselastizität bei der Lohn- und Einkommensteuer wesentliche Faktoren für diese Budgetentwicklung darstellen. Kostensparende Reformen in der Verwaltung und Reformen zur Dämpfung der mittelfristigen Kosten der Alterung sollten angegangen werden. Das mittelfristige Ziel eines strukturellen Budgetdefizits von maximal 0.5 % des BIP dürfte eingehalten werden. Allerdings sieht das Institut beträchtliche Herausforderungen für die künftige Bundesregierung. Hierbei ist zu bemerken, dass sowohl die Staatsverschuldung als auch die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote hoch sind. Problematisch ist die Ausgabenstruktur. Erforderlichen zukunftsorientierten öffentlichen Ausgaben, insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung, muss stärkere Priorität zukommen. Reformen zur Hebung der vorhandenen Effizienzpotenziale im öffentlichen Bereich sind daher unumgänglich. So könnte etwa durch eine anreizkompatiblere Verteilung der Kompetenzen und eine Beseitigung von Mehrfachzuständigkeiten im Rahmen einer Reform des Finanzausgleichs die Transparenz erhöht und die Weichen für eine effizientere öffentliche Verwaltung gestellt werden. Weitere Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstands Österreich sind ebenfalls notwendig, da nur so der Sozialstaat langfristig finanziert werden kann. Hierbei sollten insbesondere Innovationen und der Aufbau von zusätzlichem Humankapital gefördert werden, sodass das Produktivitätsniveau der österreichischen Wirtschaft gehoben werden kann.

Im Vergleich zur mittelfristigen Prognose vom Juli 2016 haben die Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur eher abgenommen. Zwar besteht weiterhin erhebliche politische Unsicherheit, diese scheint jedoch die globale Produktion momentan kaum zu dämpfen. Mittelfristig bleiben die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU das größte Konjunkturrisiko für Europa. Ein starker Einbruch der britischen Wirtschaft oder deutlich verringerte Handelsbeziehungen aufgrund eines „harten“ Brexit würden auf die Wirtschaftsleistung im restlichen Europa drücken. Eine stärker protektionistische Orientierung der US-Handelspolitik und die zu erwartenden Reaktionen der Handelspartner würden die globale Produktion wohl reduzieren. Risiken gehen auch von der zukünftigen Ausrichtung der Geldpolitik aus. Der beginnende Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik könnte Anspannungen auf den Finanzmärkten auslösen, insbesondere in den Schwellenländern. Es ist jedoch zu beachten, dass mit der Dauer der äußerst expansiven Geldpolitik das Risiko von Fehlallokationen aufgrund von Preisverzerrungen, etwa am Immobilienmarkt, merklich zunimmt. Das Risiko einer neuerlichen großflächigen Bankenkrise wird

gegenwärtig als gering eingeschätzt, allerdings muss das Problem der notleidenden Kredite in Südeuropa gelöst werden. Eine Ausweitung der geopolitischen Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika (IS-Terrorismus und Flüchtlingskrise) könnte die Wirtschaftsstimmung wieder trüben und wohl auch zu einer Erhöhung der Energiepreise führen. Hingegen würde eine stärkere Expansion der US-Wirtschaft die globale Nachfrage stützen. Hinsichtlich der heimischen Aufwärtsrisiken könnte eine aufgrund der verbesserten Unternehmenserwartungen merklich stärkere Investitionstätigkeit das mittelfristige Wachstumspotenzial steigern.

In einem Sonderkapitel der Prognose werden die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der totalen Faktorproduktivität in Österreich sowie ihre Einflussfaktoren analysiert. Die Arbeitsproduktivität, also die Produktion je Beschäftigten oder je Arbeitsstunde, stellt einen der wichtigsten Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft als Ganzes dar. Die totale Faktorproduktivität gilt als Maß für den technischen Fortschritt. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität und der totalen Faktorproduktivität hat sich in Österreich wie auch in vielen anderen Industrieländern in den zurückliegenden Jahren verlangsamt. Dazu trug unter anderem die Investitionsschwäche infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise bei. Eine Wiederbelebung des Produktivitätswachstums erfordert laufende Reformen mit dem Ziel, Investitionen und Unternehmensgründungen sowie die Anwendung neuer Technologien zu fördern. Daneben bilden Investitionen in die Grundlagenforschung sowie die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen für Innovationen im Unternehmenssektor Ansatzpunkte für die Wirtschaftspolitik. Die Bildungspolitik steht vor der Herausforderung, ein adäquates Ausbildungsniveau sicherzustellen.

Rückfragehinweis:

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)
Josefstädter Straße 39, 1080 Wien
Fax: 01/59991-162 — <http://www.ihs.ac.at> — ZVR-Zahl: 06620797

Prof. Dr. Martin Kocher, direktion@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-125
Dr. Helmut Hofer, helmut.hofer@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-251
Dr. Klaus Weyerstraß, klaus.weyerstrass@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-233
Paul Glück (Public Relations), glueck@paulglueck.com, Tel.: +43 660 150 5001

Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2007-2011	2012-2016	2017-2021
Bruttoinlandsprodukt, real	1.2	0.8	1.7
Privater Konsum, real	1.0	0.3	1.2
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	0.9	0.7	2.5
Bruttoanlageinvestitionen, real	0.5	1.3	2.2
Ausrüstungsinvestitionen, real	2.7	2.3	2.7
Bauinvestitionen, real	1.7	0.3	1.6
Inlandsnachfrage, real	1.0	0.7	1.5
Exporte i.w.S., real	2.4	1.9	3.4
Waren, real (laut VGR)	2.7	1.5	3.7
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0.8	1.7	0.7
Importe i.w.S., real	2.2	1.9	3.1
Waren, real (laut VGR)	2.8	1.3	3.2
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-2.1	-0.1	0.7
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.1	1.1	1.2
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	6.6	8.2	8.3
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ^{*)}	4.7	5.5	5.5
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.3	2.0	2.1
Preisindex des BIP	1.8	1.7	1.8
Verbraucherpreisindex	2.2	1.6	2.0
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ^{*)}	-3.1	-1.8	-0.6
3-Monats-Euribor ^{*)}	2.5	0.1	0.2
10-Jahres-Rendite öst. Staatsanleihen ^{*)}	3.8	1.4	1.3

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

^{*)} absolute Werte

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2012 – 2016	2017 – 2021
Welthandel	1.9	3.9
BIP, real		
Deutschland	1.2	1.7
Italien	-0.6	1.0
Frankreich	0.8	1.5
Vereinigtes Königreich	2.1	1.4
Schweiz	1.4	1.7
USA	2.1	2.1
Japan	1.2	0.8
China	7.3	6.0
Polen	2.6	3.3
Slowakei	2.6	3.6
Tschechien	1.6	2.7
Ungarn	1.9	3.3
Slowenien	0.8	3.2
MOEL-5*)	2.2	3.2
Bulgarien	1.8	3.2
Rumänien	3.2	3.8
Kroatien	0.3	3.0
Russland	0.8	2.0
Euroraum	0.8	1.8
NMS-6*)	2.2	3.2
EU-28	1.1	1.9
OECD	1.8	2.1
Welt	3.4	3.5
Österreichische Exportmärkte	2.8	3.6
USD/EUR Wechselkurs**)	1.23	1.10
Rohölpreis (Brent, USD/barrel)**)	83.7	54.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien; NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

**) absolute Werte

Produktivitätsentwicklung in Österreich im europäischen Vergleich



